



# **NIEDERSCHRIFT**

**über die 13. Sitzung des Stadtrates**

**der Stadt Landau in der Pfalz**

**am Dienstag, 26.10.2010,**

**im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal**

Beginn: 17:00

Ende: 19:25



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Kurt Ludwig

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger bis 18.15 Uhr TOP 3

Susanne Burckhardt

Rudi Eichhorn

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern

Peter Lerch bis 18.55 Uhr TOP 4

Rolf Morio

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella



Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordnete

Maria Helene Schlösser



Berichterstatter

Markus Abel	(Umweltamt)
Christine Baumstark	(Hauptamt)
Ralf Bernhard	(Stadtbauamt)
Bernhard Eck	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Christoph Kamplade	(Projektgesellschaft Landesgartenschau)
Sabine Klein	(Umweltamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Hans Schlösser	(Rechnungsprüfungsamt)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Mirco Bahm	(Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters)
Petra Bechtold	(Ortsvorsteherin Dammheim)
Rudolf Boesche	(Ortsvorsteher Wollmesheim)
Aydin Tas	(Vorsitzender Beirat Migration und Integration)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

SPD



Dr. Hans-Jürgen Blinn

Dr. Maximilian Ingenthron

CDU

Jürgen Doll

Peter Heuberger

Dorothea Müller

FWG

Wolfgang Gauer

Beigeordneter

Rudi Klemm

Fehlend

SPD

Franco Casella

FDP

Dr. Elke Wissing



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass am heutigen Tag noch ein Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingegangen sei, der zusammen mit dem Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion unter Punkt 3 der Tagesordnung behandelt werde. Der Antrag liege als Tischvorlage aus und werde als weitergehender Antrag vor dem Antrag der UBFL beraten.

Er bitte darum, den Tagesordnungspunkt 4.2. „Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau Süd " Zuschussgewährung für das Gebäude 012 zur Sanierung und zum Umbau als Büro- und Verwaltungsgebäude durch den Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau AöR“ von der Tagesordnung zu streichen und ihn zunächst in der nachfolgenden Hauptausschusssitzung im nichtöffentlichen Teil vor zu beraten.

**Dem stimmte der Stadtrat einstimmig zu.**

Ratsmitglied Volkhardt beantragte, die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zu tauschen.

Ratsmitglied Dr. Migl bezweifelte, dass der Antrag der Grünen der weitergehende Antrag sei.

**Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 31 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zu tauschen.**

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## T a g e s o r d n u n g

### Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Entscheidung des Stadtrates über eine Klageerhebung gegen die Entscheidung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion über die Aussetzung des Stadtratsbeschlusses zur Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung  
Vorlage: 300/034/2010
3. Informationen des Oberbürgermeisters zur Landesgartenschau 2014
4. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Stopp der Baumfällungen in der Südstadt  
Vorlage: 101/095/2010
5. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

### Einwohnerfragestunde

Frau Michel sprach die Zusammensetzung des Preisgerichtes für die Landesgartenschau an. Dieses befasse sich wohl hauptsächlich mit den Daueranlagen. Die Zusammensetzung des Preisgerichts sei undemokratisch, weil eine Fraktion des Stadtrates überhaupt nicht berücksichtigt sei. Sie wolle wissen, ob es hier einen Stadtratsbeschluss gebe.

In dem Zusammenhang gebe es am 19. November 2010 ein Pflichtkolloquium mit Begehung des Kasernengeländes. Die Fällung der Bäume sei aber bereits für Anfang November vorgesehen. Sie frage, warum die Verwaltung verhindern wolle, dass Teilnehmer an dem Wettbewerb vorhandene Bäume evtl. in ihre Planung mit aufnehmen.

Der Vorsitzende machte klar, dass die Zusammensetzung des Preisgerichts keine undemokratische Entscheidung war, sondern auf der Grundlage der Wahl des Aufsichtsrates basiere. Der Aufsichtsrat habe im Rahmen seiner Aufgaben den Wettbewerb ausgeschrieben und das Preisgericht bestimmt. Das Preisgericht bewege sich im Rahmen der beim Land eingereichten Bewerbung. Insofern sei das Preisgericht auch demokratisch legitimiert. Die Daueranlagen seien Teil des Bewerbungskonzeptes. Beim Pflichtkolloquium gehe es lediglich um Fragen der Bewerberinnen und Bewerber zu den Grundlagen der Planung.

Frau Michel stellte fest, dass nur der letzte Teil des Kolloquiums sich mit der Landesgartenschau befasse. Alles andere sei Teil der Stadtentwicklung im Süden. Hier gehe man ganz bewusst am Stadtrat vorbei.

Der Vorsitzende verwahrte sich gegen die Darstellung, als würde mit einem Ablenkungsmanöver die Stadtentwicklung am Stadtrat vorbei geplant. Der ganze südliche Entwicklungsbereich sei Teil des Konzeptes der Landesgartenschau.

Herr Schmitt erkundigte sich, ob im Rahmen des Umbaus des Hauptbahnhofes ein Konzept bestehe, wie man zukünftig Fahrräder am Bahnhof „parken“ bzw. abstellen könne.

Herr Bernhard erläuterte, dass es ein Konzept gebe, dass ca. 350 Stellplätze für Fahrräder in Boxen, in Gemeinschaftsgaragen oder auch im öffentlichen Raum vorsehe.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

### **Entscheidung des Stadtrates über eine Klageerhebung gegen die Entscheidung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion über die Aussetzung des Stadtratsbeschlusses zur Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 13. Oktober 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion nach wie vor die Erfordernis einer solchen Ausnahme sehe, wie sie der Stadtrat beschlossen habe. Allerdings müsse man auch realistisch sein. Mit einer solch klaren Stellungnahme der Aufsichtsbehörde sei es unwahrscheinlich, dass man vor Gericht Recht bekomme. Die SPD-Stadtratsfraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Ratsmitglied Morio stellte für die CDU-Stadtratsfraktion klar, dass man gegen eine Klage sei. Bei der Antragstellung hätten die Grünen einen falschen Sachverhalt geliefert, wobei es dahin gestellt sei ob dies fahrlässig oder vorsätzlich gewesen sei. Möglicherweise hätte der Stadtrat bei einem korrekt dargestellten Sachverhalt anders entschieden. Er hätte sich zudem gewünscht, dass die Rheinpfalz auch klar gestellt hätte, dass hier möglicherweise gegen melderechtliche Bestimmungen und möglicherweise auch gegen kommunalrechtliche Wahlbestimmungen verstoßen werde.

Ratsmitglied Ellinghaus entgegnete, dass die Grünen genau diese Wohnsitzschnüffelei nicht haben wollten. Daher habe man den Antrag gestellt. Er stellte klar, dass man sich nicht auf einen bestimmten Sachverhalt bezogen habe, sondern dies allgemein sehe. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würden einen Beschluss zur Aufhebung des damaligen Beschlusses nicht mittragen. Jedoch sehe man bei einer Klage keine Chance. Man bitte daher die Alternative A getrennt abzustimmen.

Ratsmitglied Volkhardt erklärte, dass die Rechtslage von der ADD bestätigt worden sei. Dies sei seiner Meinung nach schon vorher klar gewesen, so dass man sich das ganze Prozedere hätte sparen können. Die FWG-Stadtratsfraktion sei gegen eine Klage und werde daher für die Alternative A stimmen.

Ratsmitglied Silbernagel unterstrich, dass auch die FDP-Stadtratsfraktion gegen eine Klage sei. Die FDP-Stadtratsfraktion werde daher für die Alternative A stimmen. Ein Beschluss nach Alternative B wäre ein Possenspiel, das man nicht mitmachen werde.

Ratsmitglied Marquardt machte deutlich, dass die UBFL schon immer gegen die Zweitwohnungssteuer gewesen sei. Die Studenten und ihre Eltern dürften nicht wegen fehlendem Geld in der Stadtkasse belastet werden. Man habe dem Antrag der Grünen seinerzeit einzig und allein deshalb zugestimmt, um eine zeitliche Verzögerung zu erreichen. Er sei der Meinung, dass man solch einen Antrag auch konsequent verfolgen müsse. Diese Konsequenz vermisse er bei den Grünen, wenn sie nun gegen eine Klage stimmen. Er halte es nach wie vor für falsch, eine einzelne Person oder Personengruppe von der Steuer zu befreien. Dennoch werde die UBFL-Stadtratsfraktion für eine Klage stimme, um weitere Zeit zu gewinnen.

Herr Joritz erläuterte, dass der Beschluss zur Änderung der Satzung vom 31. August durch die Aussetzung schwebend unwirksam sei. Um diesen Zustand zu beenden, müsse der Beschluss zur Rechtssicherheit auch aufgehoben werden.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 34 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

**Gegen die Entscheidung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion vom 27.9.2010 wird keine Klage erhoben.**

Der Stadtrat beschloss weiter mit 15 Ja-, 7 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen:



**Der Beschluss des Stadtrates vom 31.8.2010 über die Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung wird aufgehoben.**



### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

#### Informationen des Oberbürgermeisters zur Landesgartenschau 2014

Der Vorsitzende informierte, dass der Aufsichtsrat das Preisgericht gewählt habe und es bereits eine Vorbesprechung gegeben habe. Es werde nun die Ausschreibungen geben und am 19. November finde das Kolloquium statt. Danach werde der Wettbewerb in Gang gesetzt. Im Frühjahr 2011 werde dann das Preisgericht entscheiden.

Die in den letzten Tagen verstärkt diskutierte Maßnahmen hingen nicht unmittelbar mit der Landesgartenschau zusammen. Sie wären im Rahmen der Entwicklung der Südstadt sowieso gekommen. Durch die Landesgartenschau werden sie nur schneller umgesetzt, als wenn es die LGS nicht gäbe. Die Rahmenplanung für das Kasernengelände sei im Zuge des 1. Entwicklungsabschnittes des künftigen Wohnparks Am Ebenberg beschlossen. Er bitte eindringlich, die drei Maßnahmen Friedrich-Ebert-Straße, Cornichonstraße und Kasernengelände getrennt zu betrachten. Das Umweltamt sei eingebunden gewesen und habe die Fällung auch in Abstimmung mit dem Naturschutzbeirat genehmigt. In diesem ersten Abschnitt müssen 80 Bäume gefällt werden, deren Standsicherheit gefährdet sei.

Die Maßnahme Friedrich-Ebert-Straße sei inklusive der Baumfällungen bereits im August 2010 im Bauausschuss abschließend einstimmig beschlossen worden. Diese Bäume müssten gefällt werden, weil sie vom Pilz befallen und krank seien.

Die Maßnahme Cornichonstraße komme jetzt in das parlamentarische Verfahren und werde im Bauausschuss im November beraten. Aus diesen dargelegten Gründen brauche man auch keinen Baustopp.

Zur Frage der Finanzausicherung des Landes sei für ihn ganz klar, dass die Landesregierung mit der Vergabe der Landesgartenschau an Landau auch eine Verpflichtung übernommen habe. Es sei ganz klar, dass es hier um erhebliche Finanzmittel gehe. Da sei es doch selbstverständlich, dass man dies sorgfältig prüfe. Er habe gegenüber dem Land deutlich gemacht, dass man bis zu den Haushaltsberatungen die Zusagen des Landes brauche. Am 28. Oktober habe er einen Termin in Mainz mit dem Staatssekretär des Innenministeriums. Er gehe davon aus, dass dabei die Absprachen aus der Fachebene im wesentlichen bestätigt werden. Bis zum Beschluss des Haushaltes 2011 werde die Kostenzusage definitiv da sein.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass die UBFL-Fraktion genau wie jede andere Fraktion auch, in das Vorprozedere zur Stadtentwicklung eingebunden werden sollte. Das Preisgericht beschäftige sich ja nicht nur mit der Landesgartenschau sondern auch mit der Entwicklung der Südstadt. Die Stadtentwicklung sei aber mit den Aufgaben der GmbH nicht gedeckt. Es gehe hier um grundsätzliche Fragen, da könne man nicht einfach eine Fraktion ausklammern. Sie frage sich schon, was dies für ein Demokratieverständnis sein.

Der Vorsitzende betonte nochmals, dass man mit großer Mehrheit ein Konzept für die Landesgartenschau beschlossen habe. Dort seien klare Vorgaben gemacht worden. Kein Wettbewerbsteilnehmer könne sich über diese Vorgaben wie beispielsweise der grünen Fuge hinwegsetzen. Natürlich würden alle Wettbewerbsergebnisse öffentlich gemacht. Er könne hier keine Verletzung der demokratischen Mitwirkungsrechte erkennen.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt es für eine Zumutung an den Stadtrat, dass man morgen in die Haushaltsberatungen gehe ohne zu wissen, was das Land an Geld gebe. Seit Monaten werde man vertröstet, da frage man sich schon wie lange noch gewartet werden solle.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Investitionen für die Landesgartenschau städtebaulicher Natur seien. Diese Investitionen seien eh notwendig für die Entwicklung der Stadt. Das was man bei den Haushaltsberatungen diskutieren werde, werde das gleiche sein wie in den letzten Jahren auch.

Ratsmitglied Lerch machte für die CDU-Fraktion deutlich, dass man bis zu den Haushaltsberatungen klare definitive Aussagen der Landesregierung brauche. Allgemeine Aussagen, dass die



Landesregierung sich in der Verpflichtung sehe, würden da nichts nützen. Auch die Aussage, die Landesregierung brauche noch Zeit zum prüfen, könne er nicht akzeptieren. Bei jeder anderen Landesgartenschau sei frühzeitig die finanzielle Beteiligung des Landes klar gewesen. Hier gehe man ins Obligo ohne Deckung. Das sei ein Spiel mit dem Feuer. Dies sei für die CDU ein sehr wesentlicher Aspekt für das gesamte Projekt.

Ratsmitglied Schröer schloss sich den Ausführungen von Herrn Lerch an. Sie sehe dies ebenfalls sehr problematisch, da man letztlich nicht die Katze im Sack beschließen wolle. Diese Verantwortung wolle sie nicht übernehmen. Die Haushaltsberatungen seien hypothetisch ohne die Zusage des Landes. Dies sei auch eine Vertrauensfrage.

Ratsmitglied Dr. Kopf sah Einigkeit darin, dass man am liebsten morgen eine klare Finanzausgabe des Landes hätte. Es gehe allein um die Sache, da sei man sich mit der CDU einig. Der Oberbürgermeister habe sich sehr akzentuiert geäußert und sich auch bemüht um eine schnelle und klare Antwort aus Mainz. Was nicht helfe, sei eine Panikmache, denn dies diene nicht der Sache. Jede Maßnahme, die mit der Landesgartenschau zu tun habe, stehe ohnehin unter Finanzierungsvorbehalt. Die Mehrheit der Maßnahmen auf dem Gelände der Landesgartenschau seien sowieso erforderlich. Man sei sich doch mit großer Mehrheit einig gewesen, dass man dieses Gebiet nicht brach liegen lassen dürfe. Wichtig sei, dass man als Kommunalpolitiker hier an einem Strang ziehe.

Ratsmitglied Lerch entgegnete, dass man hier keine Panik machen wolle. Fakt sei aber, dass man die erste Landesgartenschau ohne Finanzausgabe sei. Da müsse die Frage erlaubt sein, warum dies so ist. Die Zusage müsse bis zum Beschluss des Haushaltes da sein.

Ratsmitglied Volkhardt unterstützte die Aussagen von Herrn Lerch. Es gehe hier nicht um Panikmache, sondern um zuviel Geld. Der Oberbürgermeister habe sich jetzt heute weit aus dem Fenster gelehnt. Man werde ihn an dieser Aussage messen.

Ratsmitglied Silbernagel forderte, dass die Finanzausgabe bis zum 14. Dezember da sein müsse. Die Landesregierung wäre schlecht beraten, die Zusage bis ins Frühjahr zu schieben.

Ratsmitglied Hott erklärte, dass es ihm gegen den Strich gehe in die Haushaltsberatungen zu gehen mit einem Faktor X den man nicht kenne. Man sei sich einig, dass man die Landesgartenschau wolle. Aber das gehe nur mit entsprechenden Zusagen des Landes. Dies hier seien Versäumnisse, die man für die Haushaltsberatungen bräuchte.

Ratsmitglied Dr. Kopf stellte klar, dass jeder Haushalt von einer Landesbehörde, nämlich der ADD überprüft werde vor allem hinsichtlich des Kreditbedarfs.



#### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

### **Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Stopp der Baumfällungen in der Südstadt Ergänzungsantrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 15. Oktober 2010 sowie den Ergänzungsantrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 23. Oktober 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt sind. Er begrüßte Herrn Dr. Schulte von der Firma L.A.U.B aus Kaiserslautern, die das zugrunde liegende Baumgutachten erstellt habe und die Verwaltung und den Naturschutzbeirat berate.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. In der Südstadt stehe eine massive Baumfällaktion an. Im Bauausschuss sei über den Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße gesprochen worden. Dabei sei auch erwähnt worden, dass die Bäume dort vom Pilz befallen seien. Es sei aber auch dargelegt worden, dass nicht alle Bäume krank seien, sondern einige auch dem Straßenausbau im Wege stünden. Dennoch habe die UBFL damals zugestimmt. Man könne ganz klar sagen, dass diese massive Baumfällaktion einen klaren Bezug zur Landesgartenschau habe. Dadurch sei ein Riesentempo in die Sache reingekommen, denn ohne die Landesgartenschau wäre dies heute kein Thema. Ihr sei nicht bekannt, dass für die Cornichonstraße irgendwelche Ausbaupläne vorgelegt worden seien. Hier sei noch nicht in den Gremien gesprochen und beraten worden. Sie sehe auch diesen unseligen Zeitdruck nicht. Daher sollte dies gestoppt werden. Man sollte sich hier vom Geist des Erhaltens von Bäumen leiten lassen. Dieses Abholzen aller Bäume mache überhaupt keinen Sinn. Es müsse genau umgekehrt sein und erst die Planung gemacht werden. Hier gebe es sehr viele Detailfragen, deshalb müsse es erst in den Umweltausschuss und in den Bauausschuss. Es gehe auch darum, wie hier mit den Ratsmitgliedern umgegangen werde. Hier seien gravierende Fehler gemacht worden. Sie habe den Eindruck, dass die Landesgartenschau die Beratungskultur außer Kraft setze. Geld sei für sie hier auch kein Argument. Andere Städte seien auch fähig Bäume zu erhalten. Dies alles sei der Hintergrund ihres Antrages, denn hier sei ja auch Gefahr im Verzug. Sie wisse, dass sich auch eine Bürgerinitiative zum Erhalt der Bäume in der Südstadt gebildet habe. Dies sei ein Thema, das viele Menschen interessiere. Wenn die Verwaltung jetzt Fakten schaffen wolle, helfe auch ein Kuratorium für Bäume jetzt nicht weiter.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass es sich hier um drei verschiedene Maßnahmen handle. Daher wolle er noch mal ganz sachlich die Dinge darlegen. Die Friedrich-Ebert-Straße sei abgehakt und beschlossen. Beim Kasernengelände Estienne Foch sei der erste Entwicklungsabschnitt, also der Grundsatzplan ebenfalls beschlossen. Dies sei auch im Naturschutzbeirat behandelt worden. Er widerspreche auch der Behauptung, dass man hier einfach abholze. Man habe auch ganz klar dargelegt, welche Bäume weggenommen würden. Auch die Cornichonstraße werde nicht einfach abgeholzt, sondern man gehe hier in die Beratungen. Es werde alles fein säuberlich beschlossen. So sei es immer gewesen und so werde es auch bleiben.

Ratsmitglied Schröder begründete ihren Ergänzungsantrag. Das Thema als ganzes sei unwahrscheinlich komplex und nicht transparent behandelt worden. Wenn man eine Landesgartenschau machen wolle, dann sei dies negativ gemacht worden. Damit die Landesgartenschau funktioniere und Akzeptanz finde, müssten die Bürger eingebunden werden. Wie schon bei einigen anderen Themen auch, hätte man hier ein Bürgerforum machen und den Menschen die Maßnahmen erklären können. Das Thema sei in der Öffentlichkeit heiß gekocht. Jetzt gehe es darum, Dämme zuzumachen die gebrochen seien.

Herr Dr. Schulte von der Firma L.A.U.B erläuterte das Baumgutachten aus dem Jahre 2009. Der hinzugezogene Baumgutachter habe alle 317 Bäume im Kasernengelände im Hinblick auf die Verkehrssicherheit und Vitalität begutachtet. Im Ergebnis seien 74 Bäume akut gefährdet und müssten gefällt werden. Weitere ca. 100 Bäume seien mittelfristig bis 2014 erhaltbar. Diese Bäume hätten auch schon eine spürbare Beeinträchtigung in ihrer Vitalität und Verkehrssicherheit. Bäume, die in ihrer Vitalität noch nicht so sehr eingeschränkt seien, würden weitgehend erhalten. Sein Büro empfehle, so schnell wie möglich Anfang November zu roden. Um zu vermeiden, dass evtl. Fledermäuse in die



Baumhöhlen gehen, sollte vor der Frostperiode gerodet werden. Die ganze Rodungsaktion werde ökologisch von seinem Büro begleitet.

Frau Klein erklärte, dass das Umweltamt immer bemüht sei, möglichst viele und auch gesunde Bäume und auch Grün im Stadtgebiet zu erhalten. In der Friedrich-Ebert-Straße sei es so, dass dort schon seit Jahren in den Bäumen ein Pilz im wurzelnahen Bereich sei. Die Bäume seien in der Folge stark abgängig, so dass man schon bisher immer wieder Bäume habe herausnehmen müssen. Aktuell seien es noch 22 Bäume, die man nun fällen werde. Im Zuge des Ausbaus der Straße würden 42 Bäume neu gepflanzt.

In der Cornichonstraße sei geplant, dass durch den Vollausbau der Straße 80 Bäume wegfallen sollen. Hier werde es im Zuge des Ausbaus zu 100 Neupflanzungen kommen. Die Bäume in der Cornichonstraße seien mit einem Alter von 20 Jahren vergleichsweise junge Bäume. Die Bäume stünden zu dicht an den Kasernengebäuden und wachsen in der Folge weg vom Haus. Ein weiteres Problem ergebe sich durch Wurzelschäden. Eschen seien an sich Tiefwurzler, würden hier aber so flach wurzeln, dass es Schäden im Asphalt gebe.

Das Umweltamt sei immer bemüht, Grün zu erhalten. In der Cornichonstraße sei der Erhalt der Bäume im Zuge des Vollaubaus der Straße technisch kaum machbar. Durch den Neuausbau biete sich die Chance, mit den neu zu pflanzenden Bäumen von den Gebäuden abzurücken und damit den Bäumen eine gute Entwicklungschance zu geben.

Ratsmitglied Dr. Kopf machte deutlich, dass die SPD-Fraktion den Ärger darüber teile, dass diese Diskussion über die Zeitung gelaufen sei. Die Diskussion über die Cornichonstraße hätte als erstes in die Fachausschüsse gemüsst. Diese Verärgerung der UBFL und der Grünen könne er verstehen. Was er nicht verstehe, sei die Echternacher Springprozession die hier veranstaltet werde. Die Maßnahme Friedrich-Ebert-Straße sei am 24. August im Bauausschuss beraten und beschlossen worden. Für das Kasernengelände Estienne Foche sei die Erschließung sowohl im Verwaltungsrat des EWL und im Bauausschuss beschlossen worden. Er sei dafür, die Diskussion um die Cornichonstraße im Fachausschuss zu führen. Die UBFL erkläre ja selbst in ihrem Antrag, dass sie der Maßnahme Friedrich-Ebert-Straße zugestimmt habe. Zur Zeit sehe die SPD-Stadtratsfraktion keinen Bedarf dies zu beraten und im Sinne der Anträge zu beschliessen.

Ratsmitglied Morio sah in der Diskussion einen Beleg dafür, dass die Landauer an ihren Bäumen hingen. Er halte es für wichtig, alle drei Gebiete, um die es gehe, unterschiedlich zu betrachten. Für die Friedrich-Ebert-Straße liege die Ausführungsplanung vor und sei auch beschlossen. Daher sei dies für die CDU-Fraktion auch nicht mehr diskutabel. Die Planung für den Ausbau der Cornichonstraße werde wohl im November im Bauausschuss beraten. Bis dahin bitte er die Baumfällungen dort zu stoppen. Beim Kasernengelände gebe es einen Rahmenplan und einen Verkehrswegeplan. Die Fachausschüsse hätten sich aber mit dem Baumgutachten noch nicht befasst. Auch dieses Gebiet sollte im nächsten Bauausschuss beraten werden, so dass auch hier die Baumfällungen gestoppt werden sollten.

Ratsmitglied Schröer gestand zu, dass die Robinien in der Friedrich-Ebert-Straße keinen ökologischen Wert hätten. Von daher könne sie die Argumentation durchaus nachvollziehen. Allerdings sei in der Öffentlichkeit sehr viel Porzellan zerschlagen worden. Die Bürger seien sehr sensibilisiert. Daher plädiere sie dafür, die Baumfällungen erst mal auszusetzen und in einer öffentlichen Veranstaltung zu informieren. So könne man den Vertrauensschaden wieder herstellen.

Ratsmitglied Freiermuth sprach von einem klassischen Fall was man machen müsse, um in die Zeitung zu kommen. In den Ausschüssen sei schon vorher alles klar gewesen. Im Bauausschuss sei man vor der Entscheidung zur Friedrich-Ebert-Straße ausführlich verbal informiert worden. Kranke Bäume könne man nicht erhalten. Auch bei einem Straßenausbau sei dies kaum machbar.

Ratsmitglied Silbernagel war der Meinung, dass die Verwaltung dem Rummel hätte entgegen können, wenn man alles in den Gremien vorberaten hätte. Er finde es positiv, dass es Ersatzmaßnahmen für die gefällten Bäume geben werde. Bäume seien in Landau generell ein sensibles Thema. Dennoch sei es



manchmal notwendig, auch Bäume im Zuge von Straßenbaumaßnahmen auszutauschen. Zudem handle es sich hier nicht um 100 Jahre alte Bäume, sondern mit 20 Jahren um junge Bäume.

Ratsmitglied Dr. Migl blieb bei ihrer Meinung, dass diese Informationen zu einem früheren Zeitpunkt hätte erfolgen müssen. Wenn das Baumgutachten schon im Herbst 2009 erstellt worden sei, dann hätte man dieses Gutachten den Fraktionen zur Verfügung stellen müssen. Über die Friedrich-Ebert-Straße müsse man nicht mehr im Detail diskutieren, das habe man gemacht. Aber für die Cornichonstraße und das Kasernengelände sollte man sich diese Zeit nehmen. Die Baumfällungen müssten jetzt nicht sein.

Der Vorsitzende erklärte, dass er den Vorwurf entgegen nehme, dass die Presse zu einem Zeitpunkt informiert worden sei, an dem der Rat davon noch nichts wusste. Es habe nie in Frage gestanden, dass dies den gleichen Gremienweg nehme wie jede andere Straßenbaumaßnahme auch. Jedem im Rat müsse doch klar sein, dass bei einer Straßenbaumaßnahme auch die Fällung von Bäumen quasi mitbeschlossen werde. Die Bäume seien in der Regel nicht zu erhalten. Im Kasernengelände sei jeder einzelne Baum detailliert untersucht worden. Die Bäume dort seien doch keine hochwertigen Bäume, die jahrhundertlang gewachsen seien.

Ratsmitglied Schröder machte noch mal deutlich, dass dies ja fachlich alles in Ordnung sein könne. Die Bäume seien aber bei den Bürgern emotionalisiert. Wenn man die Landesgartenschau wolle, müsse man die Bürger auch mitnehmen. Hier sei ein Vertrauensschaden entstanden. Man könne doch die Planungen ganz normal weitermachen und die Bäume dann fällen, wenn man diese Präsentation von heute abend auch den Bürgern vorgestellt habe.

Der Vorsitzende erklärte, dass er nach dieser heutigen Diskussion nichts mehr an die Presse geben werde, ohne dass sich der Stadtrat damit in öffentlicher Sitzung befasst hat. Diese Mahnung des Rates habe er verstanden und dies werde er auch ändern.

Ratsmitglied Schwarzmüller wollte wissen, ob durch entsprechende Pflegemaßnahmen die Bäume noch zu erhalten seien.

Herr Dr. Schulte und Frau Klein erläuterten hierzu. Bei einer Großzahl der Bäume wäre ein Erhalt auch durch Pflegemaßnahmen nicht mehr möglich.

Ratsmitglied Eichhorn stellte die Frage, ob man für die Beratungen für das Kasernengelände und die Cornichonstraße eine gemeinsame Sitzung des Bauausschusses und des Umweltausschusses mache oder ob der Bauausschuss genüge.

Der Vorsitzende erwiderte, dass es nur eine Bauausschusssitzung geben werde. Er könne ja nachvollziehen, dass die UBFL das ganze jetzt so lange verzögern wolle, bis das eintrete was man politisch wolle. Man brauche jetzt aber eine schnelle und vor allem sachliche Entscheidung.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass man den Baumfällstopp für die Friedrich-Ebert-Straße zurückgezogen habe. Aber für die Cornichonstraße und das Kasernengelände bestehe man darauf, dass die Fällung der Bäume gestoppt wird.

Der Vorsitzende stellte noch mal klar, dass man keinen Stopp der Baumfällungen brauche. Vor der Stadtratssitzung am 9.11. werde außer in der Friedrich-Ebert-Straße keine andere Maßnahme durchgeführt.

Ratsmitglied Kautzmann erwiderte, dass man nicht über ein Stopp der Baumfällungen zu reden brauche, wenn die Verwaltung doch zusichere, dass bis zum 9.11. nichts passiere.



Ratsmitglied Hott sagte, dass die CDU-Fraktion sich heute so gut informiert sehe, dass man am 9. November abstimmen könne. Er glaube nicht, dass in diesen zwei Wochen noch wesentliche neue Erkenntnisse dazukämen.

**Ratsmitglied Schröer erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren Ergänzungsantrag zurückziehe.**

**Ratsmitglied Dr. Migl erklärte darauf hin, dass auch die UBFL-Stadtratsfraktion ihren Antrag zurückziehe.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

### Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte zum aktuellen Bearbeitungsstand im Sachgebiet wiederkehrende Straßenausbaubeiträge. Mit einem jährlichen Beitrag von 78,98 Euro habe man fast den in den Informationsveranstaltungen genannten Wert von 76 Euro erreicht.

Er wies hin auf die Gedenkfeier zur Reichspogromnacht am 9. November 2010 um 16.00 Uhr und auf den Neujahrsempfang der Stadt am 9. Januar 2011.



Die Niederschrift über die 13. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 26.10.2010 umfasst 5 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 23.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer  
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser  
Beigeordnete